

1948-05-06 Donnerstag

„Neue Zeit“

Der Weg der CDU in der Ostzone

Im Zwielflicht der geistigen Entfremdung der Deutschen in Ost und West, die leider eine der erschütterndsten Folgen der Zonentrennung ist, haben viele den klaren Blick für Ziel und Weg der CDU in der Ostzone verloren. Bestimmte Auslandskräfte tun ein übriges dazu, um diese Verwirrung noch zu vergrößern. Vor der erdrückenden Fülle der drängenden Tagesprobleme ist bei manchem in Vergessenheit geraten, unter welchen Umständen und mit welchen Zielsetzungen die CDU gerade im Osten 1945 ihre Arbeit begann.

Wir Gründer der Union waren uns bewusst, dass wir in jenen Landesteilen Deutschlands zu wirken berufen waren, die religiös schon immer zu den am meisten entchristlichten gehörten und darum auch politisch stets zu den Extremen neigten. Wenn unser Gründungsaufwurf vom Juli 1945 von einer „furchtbaren Erbschaft, einem Trümmerhaufen sittlicher und materieller Werte“ sprach, dann waren gerade bei uns die sittlichen Trümmer vielleicht noch verheerender als in vielen anderen Gebieten.

Die politischen Kräfte, die damals neben uns in die öffentliche Arena traten, standen weltanschaulich in vielem uns ferner, als dies zum Teil zwischen den Parteien des Westens der Fall ist. So musste von vornherein die christliche Zielsetzung unseres politischen Wollens damit rechnen, wie ein „Ruf in der Wüste“ zu erscheinen. Tempo und Methode unseres Weges begegneten hier nicht jenen starken traditionellen Gebundenheiten, die im Westen und Süden Deutschlands der Unionsarbeit eine weit günstigere Atmosphäre boten.

Dazu kam die erstmalige Begegnung mit der russischen Besatzungsmacht, die ideologisch unserem wollen in manchem ferner stand als andere. Um so höher musste und muss es anerkannt werden, dass sie von Anfang an in demokratischer Objektivität uns die offene Change bot, unser Werben und Wirken im Volke zu beginnen, ebenso wie den geistig ihr näher stehenden Gruppen.

Die Dynamik antifaschistischer und demokratischer Reformen war im Osten Deutschlands weit früher und intensiver wirksam als in den westlichen Zonen, wo zum Teil heute noch manche hemmenden Kräfte, besonders in Verwaltung und Wirtschaft, am Werke sind. In einer durchaus eindeutigen Zielsetzung folgten einander die Bodenreform, die Säuberung der Verwaltung von allen faschistischen Personen, die Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher, um so dem Faschismus und Militarismus nicht nur die äußerlichen Triebe, sondern auch die Wurzeln zu nehmen. Die CDU der Ostzone hat sich grundsätzlich zu diesen Reformen bekannt, wenn sie auch stets dort sich kritisch zum Wort meldete, wo in den Methoden der Durchführung bis in die letzten unteren Instanzen im einzelnen manche unnötige Härten und Ungerechtigkeiten sich zeigten. Es lag in der Natur der Sache, dass gerade diese Kleinarbeit, die mehr in den entscheidenden Ausschüssen als in öffentlichen Versammlungen wirksam wurde, von außen und besonders vom Westen her viel zu wenig gesehen und anerkannt wurde.

Wir mögen in vielen Einzelfällen uns nicht durchgesetzt haben, aber ein ehrlicher Kenner der Verhältnisse wird uns das Urteil nicht versagen dürfen, dass wir dem Grundsatz unseres ersten Aufrufes stets treu geblieben sind: „ Das Recht muss wieder die Grundlage des ganzen öffentlichen Lebens werden.“ Wir haben gegenüber der Schulreform der Ostzone, die die von Hitler eingeführte weltliche Schulform ohne Religionsunterricht beibehielt, ebenso klar den demokratischen Grundgehalt der Einheitsschule anerkannt und bejaht, wie wir (besonders bei den Verfassungsverhandlungen in den Landtagen)gegen den unchristlichen Grundcharakter angekämpft und uns für eine stärkere Erhaltung des humanistischen Bildungsganges eingesetzt haben. Dass wir mit unseren Bemühungen allein geblieben und sie nicht durchsetzen konnten, ist angesichts der parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse nicht verwunderlich, ändert aber nichts an der Konsequenz unserer Haltung.

Wenn nun viele Stimmen seit dem ausscheiden Jakob Kaisers aus der Führung der Ost- CDU uns den Weg in die Resignation , den Verzicht auf jede weitere politische Arbeit anempfohlen, ja, fast als sittliches Postulat hingestellt haben, so übersehen diese Ratgeber, dass dies für uns eine Flucht aus der Verantwortung bedeuten würde. Wir standen und stehen hier in diesem Raume und den hier gegebenen Realitäten als die Vertreter jener Volksmasse, die eine christliche Gestaltung von Politik und Wirtschaft wollen, und die ohne Sprachrohr bleiben würden, wenn wir freiwillig ins Ghetto gingen. Und wenn wir im Volksrat mitarbeiten und uns für ein ehrliches Volksbegehren für die Einheit Deutschlands einsetzen, dann tun wir es mit dem vollen Bewusstsein unserer ausgleichenden und Ost und West verbindenden Aufgabe. Wir fürchten dabei die geistige Auseinandersetzung mit den kommunistischen Kräften unseres Volkes nicht, denen im Westen viele mit fast kaninchenhafter Angst gegenüberstehen. Wir wissen, dass gerade hierbei nicht der Hass oder Ressentiment maßgebend sein darf, sondern das innere Wissen um die Kraft unserer christlichen Idee.

Eines aber dürfen wir von unseren Freunden in ganz Deutschland verlangen: dass sie unserer klaren Sicht der Lage, unserer Erfahrung und unserem ehrlichen Wollen als Christen Vertrauen schenken, statt achselzuckend oder gar vorwurfsvoll uns „abzuschreiben“ und laut oder leise (siehe Berlin) zu sagen. „ Was geht uns die Ostzone an?“ Wir sehen das g a n z e Deutschland mit heißer Liebe und wir erwarten, dass auch das ganze Deutschland mit gleicher Liebe die 19 Millionen Deutscher in der Ostzone sieht und nie vergisst, dass es kein Deutschland ohne sie geben kann! Unser ringen um die Durchsetzung unserer christlichen politischen Ziele ist wahrlich nicht leichter als anderswo: es kann nur gestärkt werden, wenn es in a l l e n Zonen verstanden und anerkannt wird.